

## Fulminanter Sieg für Demokratie und Bürgerbeteiligung

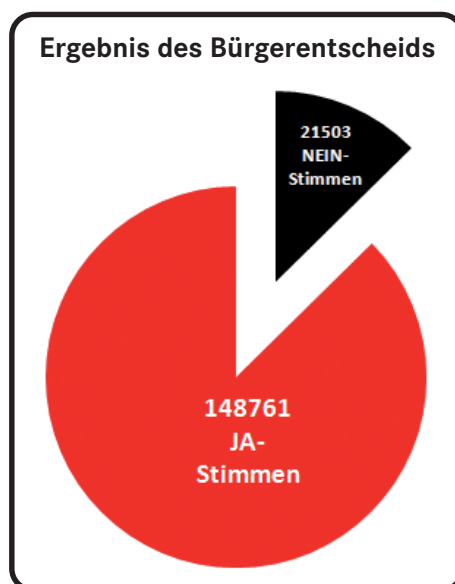
### Bürgerentscheid ist zugleich Signal für andere Kommunalpolitik

Bis zuletzt hielten es viele auch in den eigenen Reihen nicht für möglich: mit einem eindeutigen Votum und einer Wahlbeteiligung von 41 Prozent entschieden sich beim Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 fast 150.000 Leipzigerinnen und Leipziger für den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge in unserer Stadt in den nächsten drei Jahren. Das geradezu atemberaubende Ergebnis des Bürgerentscheids ist im Zeitalter von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit darüber hinaus ein enorm wichtiger Sieg für Demokratie und Bürgerbeteiligung in einer aufgewühlten Stadt, der uns Mut machen sollte für künftige Auseinandersetzungen, insbesondere für die Wahlkämpfe 2009. Nicht dass den Initiatoren ein Riesenstab zur Verfügung gestanden hätte, um eine mächtige Kampagne aufzuziehen. Stark eingespannt werden konnten allenfalls einige dutzend Aktivisten der Bürgerinitiative „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“. Doch sie verstanden es, den Nerv der Leipziger zu treffen. Schluss mit einem sturen Privatisierungs-Irrflug. Schluss mit der Weggabe des faktisch letzten Glanzstücks wirtschaftlicher Steuerungsfähigkeit einer Halbmillionenstadt. Schluss mit der hemmungslosen wirtschaftlichen Fremdsteuerung.

Dass DIE LINKE in Leipzig mit dem Ansinnen der Bürgerinitiative sympathisierte, stand von Anfang an - der immerhin über zwei Jahre zurück liegt - fest. Sie leistete in Form einer klugen und effektiven Arbeitsteilung von Stadtratsfraktion und Stadtverband umfangreiche politische, logistische und finanzielle Unterstützung, agierte aber zugleich unter

dem witzig-listigen Slogan „Auch Linke können ja sagen“ mit einer eigenständigen Kampagne, die stadtweit wahrgenommen wurde. An dieser Stelle möchte ich den vielen Mitgliedern unserer Partei, die sich an der Unterstützung des Bürgerbegehrens und des anschließenden Bürgerentscheids beteiligt haben, ganz herzlich danken.

Bis zuletzt hoffte ein kleiner Kreis von Jung-Vertrauten, dass der Bürgerentscheid mangels Beteiligung scheitern wird. Diesen „Gefallen“ taten die Bür-



ger dem SPD-OBM nicht und diese Lektion in Sachen Demokratie wird das Stadtoberhaupt verinnerlichen müssen, um nicht auf der ganzen Linie zu scheitern. Ich hatte deshalb am Tag nach dem Bürgerentscheid Burkhard Jung in einer Presseerklärung öffentlich aufgefordert, „sich nun in einer ruhigen (zu) Stunde vergegenwärtigen, dass vor allem die Leipziger CDU mit ihm rücksichtslos

Hase und Igel gespielt hat. Hase Jung war immer der Gehetzte, bis er einbrechen musste. Wer soll nun die Suppe auslöffeln, die vermeintliche politische Strategen im Rathaus, die sich wie geschneigelte Unternehmensberater aufführten, der Stadt Leipzig eingebrockt haben? Es bedarf kluger Mehrheiten, so viel steht fest. DIE LINKE bietet Jung an, in einer ruhigen, sachorientierten Diskussion jenseits einseitiger und fragwürdiger Liberalisierungs-Irrfahrten einen bürgernahen Ausweg aus der weitgehend von ihm verschuldeten Krise zu suchen. Der Verwaltungsspitze stünde es jetzt gut zu Gesicht, endlich auf die politischen Kräfte zuzugehen, denen Leipzig wirklich am Herzen liegt und die konzeptionell mehr zu bieten haben als eine stumpfsinnige Privatisierungs-Leier.“ Mit dieser von der LVZ ziemlich reißerisch aufgemachten und zugleich recht einseitig dargestellten Botschaft will die LINKE deutlich machen, dass jenseits der zweifellos komplizierten und auch von uns keineswegs auf die leichte Schultern genommenen Haushaltssituation endlich auch landes- und bundespolitische Lösungswege angegangen werden müssen, die das Problem möglichst an der Wurzel packen. Statt kommunale Haushaltspolitik auf einen Verteilungskampf zwischen den einzelnen Ressorts zu reduzieren, muss der Druck in Richtung Dresden und Berlin für eine andere Finanzausstattung zu Gunsten der Städte, Gemeinden und Landkreise, verstärkt werden. DIE LINKE wird an dieser Forderung weiterhin konsequent festhalten.

## Kurzinformation von André Hahn und Klaus Bartl an alle MdL sowie die Kreisverbände der LINKEN in Sachsen (1. Februar 2008)

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitstreiter,

durch die Medienberichterstattung der letzten Tage zum Thema „Sachsensumpf“ sind bei vielen von Euch Irritationen entstanden – davon zeugen auch die zahlreichen Fragen, mit denen wir seither konfrontiert worden sind. Wir möchten daher diesen Weg nutzen, um Euch unsere Sicht der Dinge darzustellen, vielleicht auch das eine oder andere Missverständnis auszuräumen und noch fehlende Informationen zu vermitteln. Zugleich stehen wir beide und natürlich auch die anderen Mitglieder des Untersuchungsausschusses jederzeit – wie schon bisher grundsätzlich und bei diesem Thema häufig in Anspruch genommen – vor Ort für Gespräche und Veranstaltungen zur Verfügung.

Klaus Bartl hat im Interview mit der „Freien Presse“ vom 29.1.08 unsere bisherige Position bekräftigt, dass die politische Aufklärung der im Zusammenhang mit der Korruptionsaffäre erhobenen Vorwürfe erst möglich ist, „wenn uns das Verfassungsgericht geholfen hat, endlich an Akten und Zeugen zu kommen.“ Es bleibt also dabei: Nicht der Aufklärungswille der LINKEN, sondern die Totalblockade von Staatsregierung und Koalitionsmehrheit im Untersuchungsausschuss hat dafür gesorgt, dass das Ansehen des Rechtsstaates in Sachsen schwer beschädigt worden ist. Wer Akten zurückhält und die Vernehmung von aussagebereiten Zeugen verhindert, trägt die eigentliche Verantwortung für den entstandenen Eindruck vom „Sachsensumpf“. Oder um es mit dem SPD-Abgeordneten Karl Nolle zu sagen: Wer so lange und so hartnäckig Aufklärung blockiert, „der hat Dreck am Stecken“.

Dass über das wahre Ausmaß des „Drecks“ bis heute nur spekuliert werden kann, ist Folge der Vertuschungspolitik von Georg Milbradt, der behauptete, der von uns gemeinsam mit FDP und Grünen eingesetzte Untersuchungsausschuss sei „Klamauk“ und alle Vorwürfe nur „heiße Luft“. Es war der einstimmige (!) Wille des gegen Milbradts Widerstand eingesetzten Gremiums, die über 15.600 Seiten Verfassungsschutzakten zu mutmaßlichen kriminellen und korrupten Netzwerken in die Hand zu bekommen, um sich ein Bild über die Vorgänge und eventuelles Versagen der Staatsregierung machen zu können.

Denn, wie schon ein Kommentator der „Sächsischen Zeitung“ im letzten Sommer zutreffend feststellte, ist die Staatsregierung selbst dann nicht aus dem Schneider, wenn sich der „Sachsensumpf“ – wofür es bisher keinen Beweis gibt – als reine „Aktenaffäre“ entpuppen würde. Denn das hieße letztlich, im Landesamt für Verfassungsschutz hätten ein Dutzend hochbezahlter Beamter über Jahre hinweg tausende Seiten mit haltloser Denunziationen über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angelegt. Einen Verfassungsschutzskandal dieses Ausmaßes hat die Bundesrepublik wohl noch nicht erlebt. Der Rücktritt der gesamten Staatsregierung, der der Verfassungsschutz unterstellt ist, wäre dann die logische Konsequenz. (...)

Wir müssen aber im Fall des „Sachsensumpfes“ zur Kenntnis nehmen, dass es einerseits ernste Hinweise darauf gab, dass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität durch Experten der Kripo vor Ort ausgerechnet durch das Landeskriminalamt unterlaufen wurde. Andererseits oblag die Leitung des zuständigen Verfassungsschutzreferates „Organisierte Kriminalität“ einer erfahrenen und

erfolgreichen Staatsanwältin, die sich in den Prozessen gegen den „Dresdner Kinderschänderring“ bundesweit einen erstklassigen Ruf erworben hat. Es sei auch an dieser Stelle nochmal erwähnt, dass diese Referatsleiterin des Verfassungsschutzes vom Dienstherrn noch im Jahr 2006, also nach Abschluss der Fertigstellung der Akten-Komplexe, mit denen sich der Untersuchungsausschuss befassen will, für ihre Arbeit als besondere Auszeichnung eine Prämie in beträchtlicher Höhe erhalten hat (...)

Der Untersuchungsausschuss zum „Sachsensumpf“ ist und bleibt weiterhin bitter notwendig. Er befasst sich nicht mit „heiße Luft“, sondern konkreten Vorwürfen. Davon zeugen die dazu inzwischen von der Staatsanwaltschaft Dresden angelegten 30 Vorgänge: 18 Ermittlungsverfahren gegen bekannte Personen, eines gegen Unbekannt, und elf Prüfvorgänge. Diese Zahlen wurden erst neulich auf eine Kleine Anfrage von Klaus Bartl bekannt. Endlich werden auch von der Staatsanwaltschaft direkt Betroffene als Zeugen vernommen. Es hat leider ein halbes Jahr gedauert, bis es dazu gekommen ist (...)

Beim „Sachsensumpf“ geht es nicht um irgendeine mehr oder weniger große Affäre. Es geht um nicht weniger als die Funktionstüchtigkeit der Gewaltenteilung, die den demokratischen Rechtsstaat in der Balance hält. Dieses Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist in Sachsen durch die Regierung Milbradt erheblich beschädigt worden: Allein schon dadurch, dass die Opposition seit Monaten daran gehindert wird, die Staatsregierung in einer Angelegenheit zu kontrollieren, die den Kernbestand der inneren Sicherheit in Sachsen berührt. Und deshalb muss, unabhängig von allen Urteilen des Verfassungsgerichtshofes in dieser Sache, die CDU als Regierungspartei spätestens 2009 abgewählt werden, damit sich die Demokratie in Sachsen erholen kann.

## SPD-Chef betreibt erneut Spiegelfechterei mit „Sachsen-Sumpf“

Offenkundig hat sich der Leipziger SPD-Vorsitzende von der schweren Niederlage durch den Bürgerentscheid am 27. Januar 2008 noch nicht erholt. Mit seiner heutigen Attacke auf meine wieder-

holt geäußerten Auffassungen zum „Sachsen-Sumpf“ erweist sich Gernot Borriss aber nicht nur als schlechter Verlierer der Vorwoche, sondern betreibt in geradezu verheerender Unkenntnis

des Themas zugleich vehemente Spiegelfechterei. Das beginnt schon mit dem völlig haltlosen Vorwurf, dass die PDS seinerzeit angeblich das Gesetz über die Organisierte Kriminalität (OK) im Sächsischen Landtag „bekämpft“ habe. Welches imaginäre Gesetz Herr Borriss an dieser Stelle meint, bleibt sein Geheim-

nis. Das möglicherweise von ihm gemeinte und von der CDU am 8. April 2002 im Landtag eingebrachte „Gesetz zur Änderung des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes“, durch das die Bekämpfung der OK in die Hände des Landesamtes für Verfassungsschutz gelegt wurde, wurde durch uns in der Tat aus guten historischen Gründen abgelehnt. Die späteren Ereignisse um die insgesamt 15.600 Seiten zum „Sachsensumpf“ rechtfertigten unsere Bedenken völlig.

Es ist aber hier nicht der Ort, dem SPD-Chef den dringend notwendigen Nachhilfeunterricht in der Landespolitik zu geben, sondern die eigene Position nochmals klar zu skizzieren. Es bleibt dabei: Nicht der Aufklärungswille der LINKEN, sondern die Totalblockade von Staatsregierung und Koalitionsmehrheit

im Untersuchungsausschuss hat bisher dafür gesorgt, dass das Ansehen des Rechtsstaates in Sachsen schwer beschädigt worden ist. Wer Akten zurückhält und die Vernehmung von aussagebereiten Zeugen verhindert, trägt die eigentliche Verantwortung für den entstandenen Eindruck vom „Sachsensumpf“. Oder um es mit dem SPD-Abgeordneten Karl Nolle zu sagen: Wer so lange und so hartnäckig Aufklärung blockiert, „der hat Dreck am Stecken“.

DIE LINKE in Leipzig hat - anders wie es wie vom Oberbürgermeister und dem SPD-Chef wiederholt behauptet wurde - weder die Justiz mit einem Generalverdacht überzogen noch wähnt sie Leipzig „auf einer Geisterfahrt am Rande des Sumpfes“. Der Untersuchungsausschuss zum „Sachsensumpf“ und damit auch die Aufklärung der diversen Merk-

würdigkeiten in Leipzig bleibt jedoch weiterhin auf der Tagesordnung. Er befasst sich nicht mit „heißer Luft“, sondern konkreten Vorwürfen. Davon zeugen die dazu inzwischen von der Staatsanwaltschaft Dresden angelegten 30 Vorgänge: 18 Ermittlungsverfahren gegen bekannte Personen, eines gegen Unbekannt, und elf Prüfvorgänge.

Und auch das noch ins Stammbuch des Leipziger SPD-Chefs: von einem „Rückzieher“ kann beim Vorsitzenden des 2. Untersuchungsausschusses keine Rede sein. Dazu muss man nur unbefangene die am Freitag veröffentlichte gemeinsame Erklärung von Dr. André Hahn, dem Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, und Klaus Bartl, zur Kenntnis nehmen ([www.dielinke-in-sachsen.de](http://www.dielinke-in-sachsen.de)).

*Dr. Volker Külöw*

*Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig*

## Frauenarbeitsgemeinschaft Lisa stellt sich vor

ist die feministische Frauenarbeitsgemeinschaft in Die Linke. Lisa steht für die Abkürzung **linke** **sozialistische** **Arbeitsgemeinschaft** Frauen in der Partei Die Linke. und entstand in Leipzig in den Novembertagen 1989. Wir sind einerseits weibliche Mitglieder der Partei Die Linke. und andererseits Sympathisantinnen. Wir bieten interessierten Mitmacherrinnen eine autonome Frauenstruktur, in der sie ihre politischen Vorstellungen entwickeln können. Die Lisa-Frauen engagieren sich für eine emanzipatorische Gesellschaft, in der jede und jeder gleiche Möglichkeiten zur Findung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe wahrnehmen kann. In diesem Sinne versteht Lisa sich einerseits als „lila Stachel“ in der Partei Die Linke. und versucht andererseits, mit Frauen in verschiedenen Vereinen und Verbänden, mit kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und PolitikerInnen zusammenzuarbeiten.

### Was wollen wir erreichen?

Wir sehen es als unsere übergreifende Aufgabe, einen Beitrag zur Entwicklung sozialistischer Alternativen und zur herrschenden patriarchalen Gesellschaft zu leisten. Voraussetzung dafür ist, dass frauendiskriminierende Strukturen und Mechanismen beseitigt werden, dazu zählt unter anderem die ersatzlose Streichung der §§ 218/219, ein gerechtes

Rentenrecht zur Verhinderung von Frauenaltersarmut und ein eigenständiges Asyl- und Aufenthaltsrecht von Frauen.

Frauen sollen ihr Selbstbestimmungsrecht über ihre Lebensweise, ihren Körper und ihre Sexualität selbstbewusst umsetzen und eine gesetzlich gesicherte gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen erlangen. Dazu zählt auch das Recht auf eine sinnerefüllte und Existenz sichernde Arbeit. Um das alles zu erreichen, ist es unumgänglich sich in alle Politikbereiche der Partei Die Linke. einzumischen und mit alternativen Vorschlägen „aufzumischen“. Erst dadurch kann eine wirkungsvolle emanzipatorische Politik als Querschnittsaufgabe der Partei Die Linke. durchgesetzt werden.

### Konkrete Aktionen und Wirkungsbereiche:

Einmal im Quartal tagt der Gleichstellungsbeirat der Stadt Leipzig, wo zwei Delegierte von Lisa mitarbeiten. Unser Hauptanliegen ist da, dass wir die Fraueninteressen, die es in der Stadt Leipzig gibt, zu unterstützen. Ziel ist es, dass Frauen bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Ein Mittel, um das zu erreichen, ist die Organisation von Veranstaltungen zu aktuellen Themen. Darüber wird auf unserer Internetseite unter:

<http://www.LisaLeipzig.de>

aktuell informiert. Unser Internetangebot dient des Weiteren dazu eine stärkere Vernetzung mit anderen Organisationen zu ermöglichen.

Zu unseren jährlichen Veranstaltungen gehören:

- der Girl's Day, der in diesem Jahr am 26. April stattfindet
- die Fahnenaktion von Terre des Femmes „Nein zu Gewalt an Frauen“ am 25. November
- das monatlich wiederkehrende Literaturcafe (gemeinsam mit dem Verein Dialog e. V.)

Einmalige Aktionen sind unter anderem: das Projekt Stolpersteine, siehe auch

[www.stolpersteine-leipzig.de](http://www.stolpersteine-leipzig.de)

## **BRUNCH zum Internationalen Frauentag**

**"Karl und Sophie  
– eine Liebesgeschichte"**  
mit Prof. Annelies Laschitzka, Berlin

8. März 2008, 10:00 Uhr,

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Teilnehmergebühr 5,00 Euro  
Wir bitten um Anmeldung  
bis 3. März 2008!



## Aus der AG „Soziale Politik“ in und bei DIE LINKE.Leipzig

Es sind nunmehr bereits über zwei Jahre vergangen, als sich im September 2005 unser Zusammenschluss konstituierte. Von Beginn an verstanden wir uns als Bindeglied zwischen den breit gefächerten sozialen Initiativen und der (damals noch) Linkspartei.PDS in Leipzig. So gestalten wir unsere Arbeit auf der programmatischen Grundlage der Weltsozialforumsbewegung – der Charta von Porte Allegré. Wir wirkten aktiv im Sozialforum Leipzig mit, versuchten den Montagsdemos neue Impulse zu verleihen.

Frei von Vereinnahmungsversuchen konnten wir uns in die verschiedensten sozialen, antifaschistischen und Friedensinitiativen einbringen. Dafür orga-

wegs auf die traditionellen Felder der Sozialpolitik (Kranke, Arme, Alte, Arbeitslose) beschränken, sondern in allen Politikfeldern tätig werden, die auf die Gesellschaftsordnung einwirken. Man kann nach unserer Auffassung z.B. Sozial-, Wirtschafts-, Rechts-, Außen- und Friedenspolitik nicht voneinander trennen, da Entscheidungen in einem dieser Politikbereiche unweigerlich auch Auswirkungen auf die anderen nach sich zieht.“

Auch die durchaus mit Vorbehalten belastete Hinwendung zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit unserer Stadtratsfraktion hat sich entwickelt. So arbeiten wir nach anfänglichen Schwierigkeiten sehr eng in der Frage des



nierten wir mit den unterschiedlichsten Partnern thematische Veranstaltungen, u.a. mit ver.di ein Forum zur sog. Gesundheitsreform, mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Erfahrungsaustausch mit sozialen Bewegungen. Soziale Politik reduzieren wir nicht auf „reine“ Sozialpolitik. So heißt es in unseren Leitlinien vom 7. November 2005:

„Das Wort „sozial“ (vom lateinischen socius = gemeinsam, verbunden, verbündet) wird in den unterschiedlichsten Feldern mit jeweils eigener Bedeutung verwendet. So meint der Soziologe wenn er von sozial spricht etwas anderes als der Biologe oder der Politikwissenschaftler. In der AG „Soziale Politik“ sehen wir „sozial“ als politische Zielvorgabe in Richtung einer solidarischen und gerechten Gesellschaft und somit als das Zentralproblem des zukünftigen politischen Handelns. Wir wollen uns also in unserer Arbeit keines-

Sozialtickets mit unserer Fraktion – wie übrigens auch mit Stadträten der SPD und der B90/Die Grünen –, zusammen. Ja, wir mischen uns ein: auch mit Formen und Methoden des außerparlamentarischen Kampfes. Nicht immer treffen wir dabei auf Zustimmung, besonders bei einigen Mitgliedern unserer eigenen Partei. Wir sorgen für Unruhe, für Bewegung, wir beziehen Positionen in den Auseinandersetzungen im Umgang mit Meinungen und Auffassungen „Andersdenkender“ – in und außerhalb unserer Partei.

Ob Mindestlohn, Quelle-Streik, Studiengebühren, gegen Privatisierungen kommunalen Eigentums (oder auch des gewerkschaftlichen Volkshauses), Friedensinitiativen, antifaschistische Aktionen u.v.a.m. – die AG „Soziale Politik“ übt Solidarität, bezieht Stellung und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Aktiv zeigte sich die AG zur Sächsi-

schen Armutskonferenz in Borna mit einer Ausstellung und Vortrag zum Thema „Sozialticket“.

Wenn auch das Hauptfeld unserer Tätigkeit lokal in Leipzig angesiedelt ist, so verstehen wir uns zugleich als Teil regionaler und bundesweiter Initiativen. Auf Bundesebene beteiligen wir uns seit unserer Gründung innerhalb des Aktionsbündnisses Sozialproteste (ABSP) an Aktionstagen (zentral und dezentral). Darüber hinaus leisten wir einen aktiven Beitrag zur bundesweiten Vernetzung der vorrangig lokal agierenden Sozialticket-Initiativen – erst jüngst auf der Veranstaltung der Bundestagsfraktion DIE LINKE oder beim Erfahrungsaustausch mit der Dresdner Initiative.

Inzwischen hat unsere AG mit ihrem Wirken auch einen festen Platz in der Struktur, in der Unterstützung und Zusammenarbeit mit unserem Stadtverband gefunden. Dennoch bestehen hier noch deutliche Reserven. So bieten wir unverändert die Partnerschaft – Beratung des Stadtvorstandes zu Maßnahmen und Aktionen im Kampf gegen Sozialabbau, bei der Erarbeitung von alternativen sozialpolitischen Positionen und Forderungen – an. Wir würden uns freuen, wenn unsere Erfahrungen gefragt und direkter einbezogen würden.

An dieser Stelle soll auf die durch unsere AG maßgeblich auf den Weg gebrachte Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ etwas ausführlicher eingegangen werden:

In Leipzig macht seit Monaten eine Bürgerinitiative für die Einführung eines Sozialtickets mobil.

Ja, Hartz IV hat viele Gesichter – aber allen ist eines gleich: die verordnete Armut! Nun kann man natürlich grundsätzlich und unverändert die Forderung erheben: „Hartz IV muss weg!“. Doch damit wird den Betroffenen nur wenig konkret geholfen. Im Gegenteil – dieses nicht im Hauruck erreichbare Anliegen bestärkt die Resignation und das Zurückziehen aus dem aktiven Protest.

Deshalb sind wir in Leipzig einen anderen Weg gegangen. Wir haben uns gefragt, welche Möglichkeiten hat eine Kommune, die Auswirkungen von Hartz IV zu mildern, und wie können wir daraus eine breiteste organisierte Bewegung entwickeln. So stießen wir auf das Mobilitätsproblem, sprich: Sozialticket. Hier liegt die Entscheidung durchaus im

politischen Willen einer Kommune. Als wir als kleines „Häuflein“ vor nunmehr über einem Jahr daran gingen, die Forderung nach einem Sozialticket erstmals ins Rathaus zu tragen, ahnten wir weder, dass vor uns ein Weg der „Mühen der Ebene“ liegen noch, dass sich eine so breite Zustimmung, Unterstützung, Hoffnung und Bewegung entwickeln würden.

Gemeinsam mit dem Sozialforum Leipzig trugen wir als „Die Überflüssigen“ zunächst die Forderung nach Einführung eines Sozialtickets in das Rathaus und begannen im Herbst 2006 die ersten Unterschriften zu sammeln. Sehr bald wurde klar: Wenn wir nicht nur eine einmalige spektakuläre Aktion, sondern ein reales Ergebnis erreichen wollen, müssen wir uns auf einen langfristigen und beharrlichen Kampf einrichten. Dazu galt es zunächst eine Verbreiterung der unterstützenden gesellschaftlichen Kräfte anzustreben.

Der erste Schritt war die Gewinnung unserer Partei für die politische und auch materielle Unterstützung der in der Entstehung befindenden Bürgerbewegung. Allerdings verfolgte die Stadtratsfraktion zunächst mit Skepsis unsere Initiative. Es war eben nicht üblich, auf den Druck von außen zu reagieren. Die Erfahrung eines abgestimmten und die Möglichkeiten beider Ebenen (außerparlamentarisch - parlamentarisch) zur Wirkung bringenden Vorgehens bei Achtung der Selbstständigkeit, mussten erst gesammelt werden.

Mit unserem Aufruf im November 2006 zur Konstituierung einer Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“ konnten wir überraschend feststellen, auf welch breites Interesse unsere Forderung stieß. In kürzester Zeit stellten sich über 60 Vereine, Verbände, politische Organisationen, Gewerkschaften, Initiativen und Einzelpersonen hinter uns. Wir erhielten Unterstützung durch Sebastian Krumbiegel („Die Prinzen“), dessen Erklärung von über 60 bekannten Leipziger Persönlichkeiten, darunter der Direktor des Gewandhauses, der Direktor des Leipziger Zoos, des DGB-Vorsitzenden u.v.a.m. mitunterzeichnet wurde. Unterstützung erhielten wir von Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Frank Bsirske.

In enger Zusammenarbeit mit den mitwirkenden Verbänden, in den zeitweise

über 100 Stützpunkten in den Stadtteilen, mit regelmäßigen Info-Ständen und bei zahlreichen Veranstaltungen in den Wohngebieten, bei Großveranstaltungen der Stadt usw. sammelten wir Unterschriften. Im Mai 2007 konnten wir auf diese Weise 10.000 und im November nochmals 10.000 Unterschriften dem Oberbürgermeister übergeben.

Auf dem zweiten Feld unseres Wirkens - Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit für unsere Forderung - stellten sich dank unserer Beharrlichkeit bedeutsame Fortschritte ein. Unsere Fraktion bekannte sich öffentlich zu unserer Forderung und kooperierte mit der Bürgerinitiative. Gemeinsam suchten wir nach Verbündeten in anderen Fraktionen.

Frühzeitig bekannten sich die Jusos Leipzigs zu unserer Initiative und wirken bis heute aktiv darin mit. Während es im Frühjahr noch ablehnende Positionen aus den Reihen der SPD-Fraktion und der Fraktion B90/Grüne gab, änderte sich dies nach der Übergabe der 10.000 Unterschriften deutlich und gipfelte in der interfraktionellen Antragsstellung „Einführung eines Sozialtickets“ durch die Fraktionen von Linkspartei, SPD und B90/Grüne im Juli 2007. Es folgten Beschlüsse der Jusos Leipzig, des SPD-Unterbezirks Leipzig-Borna und von B90/Grüne mit der Übernahme der Forderung nach einem Sozialticket.

Viele der gewonnenen Erfahrungen verdienen näher analysiert und verbreitet zu werden. Ich möchte mich jedoch auf eine m. E. der wichtigsten konzentrieren: Dem Zusammenwirken von sozialer Bewegung (Bürgerinitiative), DIE LINKE Leipzig und parlamentarischer Ebene (Stadtrat und seine Fraktionen). Denn darin kulminiert letztlich der Gründungskonsens unserer AG „Soziale Politik“.

Fazit: Noch ist das Sozialticket in Leipzig nicht Realität, aber die Chancen für seine Einführung im Jahre 2008 haben sich enorm verbessert. Unverzichtbare Voraussetzung ist nach unserer Erfah-



ung, dass sich einerseits eine breite bürgerschaftliche Bewegung mit dieser Forderung identifizieren und andererseits ein Zusammenspiel mit parlamentarischen Kräften wachsen konnte. In keiner dieser Phasen gab es die Dominanz oder gar „Führungsanspruch“ der Partei DIE LINKE, obwohl diese natürlich unser erster und gewichtigster Partner, besonders auch materiell, war und ist. Ausblick: Die AG „Soziale Politik“ hat bewusst all ihre Kräfte auf die Einführung des Sozialtickets konzentriert. Dabei hat sie zugleich auch in anderen politischen Wirkungsfeldern - siehe eingangs - mitgewirkt. Laut unserem Arbeitsplan haben wir nunmehr auch wieder eigenständige bündnispolitische Angebote formuliert:

Thematische Schwerpunkte: (Terminfestlegungen werden aktuell getroffen!)

- Kampf um die Einführung Sozialticket
- Wohnungsfrage als soziale Frage. Hartz IV und Kosten der Unterkunft; Wohngeld
- Wiederaufnahme der Diskussionsreihe: „Arbeit als Menschenrecht? Ist Vollbeschäftigung noch realisierbar?“
- Problemkreis: Bedingungsloses Grundeinkommen für alle
- Bündnispolitik im Netzwerk sozialer Bewegungen lokal - bundesweit
- Veranstaltung mit US-Aktivist\*innen der sozialen Bewegung

Doch dazu brauchen wir mehr aktive Mitstreiter in der AG.

Wir sind und bleiben offen für jeden, der sich unserem Tun anschließen will!

**Petra Weißfuß**

**Sprecherin der AG „Soziale Politik“**

**Sprecherin der Bürgerinitiative „Leipzig braucht ein Sozialticket“**

weitere Infos unter:

**[www.soziale-politik-ag.de](http://www.soziale-politik-ag.de)**

**[www.sozialticket-leipzig.de](http://www.sozialticket-leipzig.de)**



## Fragen zu unserem Politikverständnis

Im Mitteilungsblatt 1/2008 befassen sich Maximilian Meurer und Ingo Groepler-Roeser mit dem Thema „Sozialpolitik – Was sich sofort ändern muss“. Dabei setzen sie sich, wenn auch reichlich verkürzt und tendenziös, mit den von mir angeblich vertretenen sozialpolitischen Positionen auseinander. Eigentlich könnte man die Sache auf sich beruhen lassen und sich weiterhin voll und ganz den wirklichen politischen Gegnern zuwenden, würden hinter alldem nicht grundsätzliche Differenzen über unser Politikverständnis stehen. Wir kommen, wie die letzten Monate gezeigt haben, nicht umhin, diese innerparteilichen Auseinandersetzungen konsequent bis zu Ende zu führen. Wie wollen wir sonst unsere künftige Strategie festlegen und für 2009 ein Kommunalwahlprogramm erarbeiten, das nicht aus einer Aneinanderreihung von möglicherweise völlig weltfremden Forderungen besteht, sondern ein realisierbares Angebot an Wählerinnen und Wähler enthält. Deshalb werde ich mich nachstehend nicht auf eine Kommentierung der im Beitrag der o. g. Autoren angeführten Details, ja nicht einmal auf die gegen meine Person ins Feld geführten Anwürfe einlassen, sondern lediglich Fragen zu unserem Politikverständnis aufwerfen, die wir in den nächsten Monaten beantworten müssen:

1. Gebietet es der Zusammenschluss von ehemaliger PDS und WASG, dass wir

das bisherige Handeln unserer Stadtratsfraktion, insbesondere ihr sozialpolitisches Wirken, grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen haben? Wenn ja, was müsste sich im Rahmen kommunaler Gestaltungsspielräume ändern?

2. Soll die Stadtratsfraktion künftig Fundamentalopposition betreiben und sich in der Linksradikalität ihrer Forderungen, ganz gleich, ob sie sich umsetzen lassen oder nicht, übertreffen oder soll sie weiterhin ihren Anspruch als **alternativen Gestaltungspartei**, die sich am Machbaren orientiert, fortsetzen?

3. Was können wir aus dem erfolgreichen Bürgerentscheid und dem bisherigen Kampf um ein Sozialticket für das Zusammenwirken von Außerparlamentarischem und Parlamentarischem in Bezug auf Bündnisse und Mehrheiten lernen?

4. Welche kommunal- und sozialpolitischen Grundwerte sollten für uns gelten? Zu welchen Kompromissen im Interesse der Gewinnung von Mehrheiten im Stadtrat, ohne die nicht eine einzige unserer Initiativen umsetzbar ist, sind wir bereit?

5. Verstehen wir uns in Leipzig als eine so genannte linke Volkspartei mit dem Anspruch die Anliegen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen oder konzentrieren wir uns von vornherein ausschließlich auf bestimmte Zielgruppen, wie etwa sozial Benachteiligte und Ausgegrenzte?

6. In welchem Maße können wir uns über geltende Bundes- und Landesgesetze,

selbst wenn wir sie aus prinzipiellen Gründen politisch ablehnen, hinwegsetzen und vielleicht glauben, dass die Kommune, die von ihr nicht zu verantwortenden sozialen Grausamkeiten ausgleichen kann und muss?

7. Welche Mitverantwortung für die Entwicklung unserer Stadt haben wir? Kann es uns wirklich egal sein, wie sich die Haushalts- und Schuldenlage Leipzigs entwickelt, selbst auf die Gefahr hin, dass eine Zwangsverwaltung droht, bei der dann der Stadtrat und damit auch unsere Fraktion völlig ausgeschaltet wären? Wollen wir überhaupt eine personelle Verankerung unserer Partei in der Leipziger Verwaltungsspitze, wo wir doch wissen, dass die Gestaltungsmöglichkeiten eines linken Bürgermeisters begrenzt sind, nicht zuletzt weil er gegenüber dem Oberbürgermeister zur Loyalität verpflichtet ist?

Sicher gäbe es noch weitere Fragen, die wir im Vorfeld der nächsten Stadtratswahlen beantworten müssen. Dabei wird viel davon abhängen, ob wir in der Lage sein werden, die jeweiligen Argumente kulturvoll abzuwägen. Auf jeden Fall wird es Mehrheitsentscheidungen geben, die bei aller notwendigen Pluralität dann auch von jenen zu akzeptieren sind, die bei Abstimmungen unterliegen. Alles andere würde die Handlungsfähigkeit unserer Partei in Leipzig einschränken oder gar aufs Spiel setzen.

*Dr. Dietmar Pellmann*

## Wenn einer eine Reise tut ...

dann kann er was erzählen, haben sich wohl die Leute gedacht, welche mich fragten, ob ich denn nach der Zweitages-tour ins politische Berlin nicht ein paar

Eindrücke aufschreiben könne. Kann ich natürlich und mach ich auch sehr gerne und fange mit einem großen Dankeschön an. Nämlich an Frau Dr. Barbara Höll und ihr Wahlkreisbüro samt ihren fleißigen MitarbeiterInnen, welche dies ja organisieren.



Es war eine interessante und aufschlussreiche Fahrt nach Berlin am 17. und 18. Januar, welche wir mit knapp 50 Leute antraten. In Berlin wurden wir freundlich empfan-

gen und betreut. Es war ein interessantes und lehrreiches Programm mit vielen neuen Eindrücken und Erfahrungen. Ob beim Besuch der Plenarsitzung des Deutschen Bundestages selbst oder bei dem sehr auf Interesse stoßenden Besuch im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, bei der interessanten Stadtrundfahrt und bei den anderen Terminen – überall wurden wir kompetent und freundlich behandelt und konnten viele neue Eindrücke mitnehmen. Wer wie ich die Bundeshauptstadt einige Zeit nicht gesehen hatte, nahm die baulichen Veränderungen angeregt in sich auf. Es erübrigt sich fast darauf zu verweisen das auch Unterkunft und Verpflegung erstklassig waren.

Zwei Programmpunkte möchte ich jedoch noch einmal besonders hervorhe-

ben: Zum Einen der Besuch bei Dr. Barbara Höll im Bundestag selbst. Der Zufall hatte es gefügt, dass unser Besuch zusammenfiel mit der Nachfeier zu Ihrem Geburtstag. Es war ein schöner Abend und unvergesslich bleibt mir das dort erfahrene Zusammengehörigkeitsgefühl einer politischen Familie, wenn ich das so nennen darf. Bemerkenswert kam übrigens dort für mich auch zum Ausdruck, welchen Respekt sich Frau Dr.

Höll durch Ihre Arbeit und Ihre Persönlichkeit erworben hat, selbst bei Abgeordneten anderer Parteien.

Zum Zweiten nenne ich als außerordentlich eindrücklich und faszinierend den Besuch im Jüdischen Museum. Dieser Programmpunkt, welcher allein die zwei Tage hätte mehr als ausfüllen können, wird mir unvergesslich bleiben und ich habe mir fest vorgenommen, beim nächsten Berlin-Besuch dafür viel Zeit zu in-

vestieren. Für die Führung ein besonderer Dank an die Betreuer, in der knappen Zeit haben sie uns einen tiefen Eindruck vermittelt.

So bleibt mir abschließend nur noch, und ich denke das kann ich für alle tun, ein herzliches Dankeschön an Barbara Höll und Ihre MitstreiterInnen zu sagen. Bei mir zumindest war dieser Besuch eine gute Motivation und Anregung für die politische Alltagsbewältigung. **Peter Weyh**

## Quo Vadis - Linke in Leipzig ?

### Nicht nur Gremien entscheiden den Weg der Partei

Nach dem triumphalen Einzug der Linken in die Landesparlamente von Niedersachsen und Hessen und dem phänomenalen Sieg der Privatisierungsgegner durch den Bürgerentscheid unter maßgeblicher Beteiligung der Partei DIE LINKE. Leipzig, haben viele Menschen in Ost und West weitere Hoffnungen in die Partei DIE LINKE. gesetzt, die es nicht zu enttäuschen gilt. Jetzt ist es notwendig, die politische Offensive fortzusetzen.

Aber stattdessen bietet unser Genosse Vorsitzender und Stadtrat sowie Mitglied des sächsischen Landtages Dr. Volker Külow via Pressemitteilung vom 28.1.2008 in vorausseilender Anbietung nach dem Sieg beim Bürgerentscheid in Leipzig der Stadt - SPD und OBM Burkhard Jung an, in „einer ruhigen, sachorientierten Diskussion jenseits einseitiger und fragwürdiger Liberalisierungs-Irrfahrten einen bürger-nahen Ausweg aus der weitgehend von ihm verschuldeten Krise zu suchen“ - und damit de facto eine Zusammenarbeit. Wird hier ein pseudopersonalistischer Paradigmenrückfall in der linken Kommunalpolitik vollzogen? Immerhin haben die Neoliberalen auch in Leipzig verdeutlicht, mit welchen Mitteln sie marode Haushalte sanieren wollen; indem sie zuerst auf soziale Projekte zurückgreifen und deren Mittel eifrig stützen. Man gefiele sich in der Rolle eines solchen Haushaltssanierers, anstatt weitere Forderungen der sozialen und außerparlamentarischen Bewegungen aufzugreifen und auch im Stadtrat umzusetzen. Ist es jetzt Zeit, sich nach einem erfolgreichen Bürgerentscheid als originäres demokratisches Steuerungsinstrument gegen schlechte konservative Haushaltspolitik mit Rettungsringen

speziell dafür auf der Brücke zu zeigen? Dafür könnten die linken Wählerinnen und Wähler allerdings wenig Verständnis aufbringen. In der Leipziger Linken geschieht solches sogar ganz und gar ohne programmatische Diskussion. Zutreffend umschreibt diesen Zustand der Historiker Heinz Niemann in seinem Vorwort zu seiner „Geschichte der SPD: „Eher früher als später wird die sich neu formierende sozialistische Linke vor der Weggabelung stehen und sich entscheiden müssen: für den Weg zu einer Staatspartei und des „Parlamentelns“ - oder für jenen, der sie zu einer für die Alltagsinteressen und die kämpferische Vertretung der langfristigen Lebensinteressen des Volkes tauglichen Partei lassen lässt“.

Von „kämpferisch“ bleibt nach der Pressemitteilung nur eine blasse Spur. Unsere Berliner Genossin Petra Pau scheint sich da schon klarer entschieden zu haben: „Wir haben in Berlin bewiesen, dass wir den Kapitalismus bekämpfen können - und zwar besser als andere. Das ist für Hartz-IV-Empfänger eine ganze Menge.“

### Nicht den Kapitalismus verwalten, drum prüfe....

Die Aufgabe der Linken ist es eigentlich, Armut, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und weitere Wesenszüge des Kapitalismus zu bekämpfen, anstatt zu versuchen, den Job der bürgerlichen Parteien zu machen und die Armut und die Arbeitslosigkeit und damit auch den Kapitalismus geregelt und „sachlich“ zu verwalten. Hier scheint ein politischer Fortschritt dringend nötig, bevor das linke Wahlprogramm als theoretische Leier im Konzert der anstehenden sächsischen Wahlkämpfe 2009 die Hintergrundmelodie

spielt.

Eine Regierungsbeteiligung mit der Hartz-IV-Partei SPD unter den gegenwärtigen Bedingungen könnte dazu führen, dass die Mandatsträger der Linken am Sonntag vom Sozialismus reden und werktags an der Seite der SPD in die Mitte marschieren, „Kröten schlucken“ und letztendlich vielleicht sogar das machen, was die tatsächlich Herrschenden von ihnen erwarten, aus deren Mehrheitsfalle sie nicht herauskommen. Linke Regierungsbeteiligung erfordert ein Mindestmaß in den Forderungen an potenzielle Koalitionspartner, ohne die wir in Sachsen, in Leipzig und Dresden realistisch betrachtet nicht handlungsfähig wären.

### Die neue Linke

Die Mitglieder der vormaligen WASG und jetzt ASG sind überwiegend nicht aus der Hartz-IV-Partei SPD ausgetreten oder haben deren Politik gemieden, um auf Umwegen mit der Linken (wieder) dort zu landen, ohne konkrete und an ihren Vorstellungen orientierte programmatische Inhalte einzufordern.

Gerade in Sachsen blickt die neue LINKE auf eine Reihe grundsätzlich formulierter Positionen zurück, die im Zuge der weiteren Parteibildung als nicht verhandelbar gelten. Damit stellt sich heraus, dass die ASG kein „Traditionsverein“ ist, sondern auf der Grundlage einer jungen aber dafür äußerst engagierten Vergangenheit (sofern man diese als sozialpolitisch traditionell begreift) eine tragfähige Perspektive innerhalb der Linken zu schaffen gewillt ist.

Dazu gehört für uns auch die innerparteiliche Demokratie, die - folgt man dem inneren Verständnis des „Radikalen“, also von der Wurzel her begreifend - die Ausgangslage für Gleichberechtigung in puncto Teilhabe am politischen, kulturel-

len und damit am gesellschaftlichen Leben kennzeichnet. Soziale Gerechtigkeit ist das unmittelbare und greifbare Ergebnis von Sozialpolitik, die als Instrument der herrschenden Politik und Wirtschaft in eine erhebliche Schiefelage geraten ist. Eine Wahlkampforientierung der Linken in Leipzig und ganz Sachsen setzt Bedingungen voraus, die wir an unsere repräsentativen Strukturen stellen müssen. Und im Kampf gegen drastische soziale Notlagen, den wir nur ohne Kompromisse für die Betroffenen als Minderheit, wenngleich zahlenmäßig leider zunehmend, führen können, ist die gegenwärtige realpolitische und von daher unsoziale Haushaltspolitik nur dann zu verändern, wenn linker Forderungsdruck wirksam für die finanz- und sozialpolitische Konfrontation zwischen Kommunen, Land und Bund aufgestellt wird und damit für materielle und gesellschaftliche Veränderungen nutzbar ist. „Realpolitik“ kommt nicht von oben. Sie ist demnach weder ein „Heilmittel“ noch eine gültige Ausrede beredter Haushaltspolitiker für fortgesetzte Ausbeutung. Real ist für uns die Lage der Betroffenen, darunter arme Kinder in armen Familien in zusehends verarmenden Stadtvierteln oder ländlichen Gebieten – nicht

hingegen haben wir uns mit der Realität der gut Situierten und in der Gesellschaft Angekommenen auseinander zu setzen. Dieser Diskurs ist im Augenblick nicht wirklich notwendig. Unter „realpolitisch“ verstehen wir nicht nur, Armut als Problem zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie aktiv, engagiert und sofort zu bekämpfen.

### Kritische Ausblicke

Deswegen konzipiert der landesweite Zusammenschluss ASG in Sachsen den 1. Sozialkonvent der Linken 2008. Die Vorplanung des Sozialkonvents wird mit der 1. Jahreshauptversammlung der Landes-ASG am 16. Februar 2008 abgeschlossen sein und sieht vor, die sozialpolitischen Elemente linker Landespolitik sowie der unmittelbar damit verbundenen Kommunalpolitik in allen politischen Feldern zu stärken und deren konsequente Herangehensweise im Hinblick auf das Wahlprogramm der Linken herauszufordern.

Ein Beispiel dafür ist die auch in der Linken überraschenderweise von Parlamentariern vertretene Überzeugung, es für „sinnlos“ zu erachten (20 Thesen zur Armut in Sachsen v. 27.10.2007, D. Pellmann, A. Hahn, These 14), geeignete

Sofortmaßnahmen im Sinne einer Umsetzung langfristiger Zielstellungen der Partei („Visionen“) von den Fraktionen fernzuhalten. Auf diesem Gebiet gibt es in der Zusammenarbeit zwischen Partei- bzw. Bürgerinitiativen und Fraktion partiell sicher Erfolge (z. Bsp. die Sozialticket – Initiative der AG Soziale Politik), jedoch prinzipiell akuten Nachholbedarf für weitere sozialpolitische Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der Zusammenarbeit mit der AG ASG, obwohl Landesvorstand und Stadtvorstand Leipzig der Linken eindeutige Beschlüsse in diesem Bereich gefasst haben.

Zudem weisen wir darauf hin, dass durch die Preisgabe der konsequent zu stellenden sozialen Fragen die braunen Rattenfänger es leichter haben werden, die antikapitalistischen Positionen aus den Traditionsbeständen der Linken zu übernehmen und mit neofaschistischem Gedanken(un)gut aufladen können. Dieser Entwicklung gilt es mit glaubhafter und sozial engagierter Politik im Interesse unserer Bürger und Bürgerinnen gegenzusteuern und die Praxis in allen Politikfeldern im Auge zu behalten.

*Maximilian Meurer, Timm Rambow  
Arbeitskreis soziale Gerechtigkeit*

## Erste Information zum traditionsreichen Antifa-Treffen 2008 in Mala Upa

### Preisgünstiges Angebot für die Teilnehmer

Das Reisebüro „TUK“ Berlin bietet schon seit langer Zeit Reisen zu den traditionellen Treffen tschechischer, polnischer und deutscher Antifaschisten an. Die auch jedes Jahr von Leipziger Antifaschisten genutzt wurden.

Dieses Jahr gibt es für Interessenten ein erweitertes Angebot, Ausgangspunkt für diese Veränderung war, dass in den zurückliegenden Jahren trotz der beeindruckenden Riesengebirgslandschaft etlichen Teilnehmern aus Zeitgründen oder Ähnlichem die Teilnahme am Antifa-Treffen nicht möglich war.

2008 findet am 30. August vormittags das gemeinsame Treffen am Fuße der Schneekoppe statt. Dieses ist immer wieder getragen von dem Wunsch Erfahrungen auszutauschen um die politische Arbeit zu verbessern und gemeinsam gegen den Neofaschismus sowie die weltweite Politik der Ausbeutung und

Unterdrückung der Menschen aufzutreten. Das Anliegen verbindet die Teilnehmer im gemeinsamen Kampf für die gleichen Ziele. Es wird dabei sicher wieder viele interessante Begegnungen geben. Außer dem Treffen besteht die Möglichkeit am legendären Schneekoppemarsch von Upa nach Pec teilzunehmen, oder mit der Seilbahn (bei günstigen Wetter) auf die Bergspitze zu fahren bzw. die Kleinbahn zu nutzen oder den Ort zu erkunden.

Für 2008 gibt es drei Angebote:

**ERSTENS** besteht die Möglichkeit der Teilnahme an einer Kurzreise, die am 29. August beginnt und am 31. August endet. Die Unterkunft ist im Jugend- und Sporthotel „JAVOR“ in Mala Upa und beträgt für zwei Übernachtungen im Doppelzimmer inklusive Halbpension und Folkloreabend 149,- Euro.

**ZWEITENS** beginnt die große Riesengebirgsfahrt ebenfalls mit gleichem Programm am 29. August 2008. Das Programm wird dann ab 31. August mit Besichtigungsfahrten und einer erfahrenen örtlichen Reiseleiterin sowie interessanten Erlebnissen bis zum 2. September 2008 fortgesetzt. Die Unterbringung erfolgt im Mittelklassehotel „PATRIA“ in Trutnov. Diese Fahrt kostet inklusive Besichtigungsprogramm und Halbpension 349,00 Euro p. P. im Doppelzimmer.

**DRITTENS** besteht für Selbstanreiser eine aktive Beratung und Unterstützung, speziell auch für Jugendliche, durch das Reisebüro „TUK“.

Wir hoffen, dass sich wieder viele Gleichgesinnte an diesen Reisen beteiligen.

Es besteht die Möglichkeit einer Vorabinformation bei Genn. Uhlig (Tel. 6883502)

*AG Reisen*



## AG Antifaschistische Politik gegründet

Am 19. Dezember 2007 konstituierte sich bei der Partei DIE LINKE. Leipzig die Arbeitsgemeinschaft Antifaschistische Politik. Die AG hat gleich von Anbeginn her alle Hände voll zu tun: die verstärkte Aktivierung von Nazis in der Stadt Leipzig wie im Umland sowie Rechtspopulismus und Schüren ausländischer Vorurteile aus der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ heraus sind traurige Realität, auch in Leipzig.

Die AG setzt auf Bündnisarbeit, politische Bildung und die Qualifizierung innerparteilicher Mobilisierungsfähigkeit gegen neue und alte Nazis und für einen alternativen Gesellschaftsentwurf, der keinen Raum für das Herausbilden rechten Denkens und Handelns bietet.

Die AG beschäftigt bisher der praktische Widerstand gegen die Nazi-bedrohung im Leipziger Osten, die Organisation des Ersten Antifaschistischen

Stadtforums sowie die Qualifizierung des „Antifaschistischen Handlungskonzeptes“, das im Rahmen des Stadtparteitages am 23. Februar 2008 zur Beschlussfassung vorliegen wird.

Wir laden herzlich zur Mitarbeit in der AG Antifaschistische Politik ein! Der Termin für die regelmäßigen AG-Treffen wird im nächsten Mitteilungsblatt bekannt gegeben.

Kontakt:

**antifa@die-linke-in-leipzig.de**

## Zum Ersten Antifaschistischen Stadtforum von DIE LINKE. Leipzig

Der Saal in der Frauenkultur platzte aus allen Nähten. Selbst eilig noch herbeigeschaffte Stühle und Sitzbänke reichten nicht. Einige Interessierte mussten daher Stehplätze einnehmen. DIE LINKE. Leipzig hatte zu ihrem Ersten Antifaschistischen Stadtforum eingeladen. Die große Resonanz ging weit über die eigenen Mitglieder hinaus. Es waren nicht nur alle Altersgruppen vertreten. Sondern es waren auch viele Menschen gekommen, die selbst antifaschistisch engagiert sind, die in antifaschistischen Projekten, in Jugendvereinen und Verbänden aktiv sind, oder leider selbst Opfer rechter Gewalt geworden waren. Diese Breite hatte die AG Antifaschistische Politik von DIE LINKE. Leipzig auch bewusst angestrebt. Bündnisse sind eine zentrale Säule der antifaschistischen Arbeit der Stadtpartei. In diesem Sinne wurde das Forum mit verschiedenen Redebeiträgen eingeleitet: ein Antifa-Aktivist sprach zu „Nazistrukturen in Leipzig“, Nicole Schneider vom Netzwerk für Demokratie und Courage zum Thema „Zivilgesellschaftlichen Strategien gegen rechts“, Gregor Wiedemann vom Forum Kritische Rechtsextremismusforschung über „Extremismus der Mitte – Kritik der Extremismustheorie“ und Dieter Chitralla vom Bund der Antifaschisten Leipzig zur Arbeit seiner Organisation, die einen Schwerpunkt auf Erinnerungskultur legt. Die AG Antifaschistische Politik stellte ihren Entwurf des „Antifaschistischen Aktionskonzeptes“ des Stadtverbandes vor.

An die Referate schloss sich eine eineinhalbstündige Diskussion an, in deren Verlauf aktuelle Entwicklungen und Ereignisse mit neonazistischem Hin-

tergrund beleuchtet, das Wirken unserer Partei und ihrer VertreterInnen auch kritisch hinterfragt, Handlungsmöglichkeiten erörtert und Anregungen für konkrete Projekte gegeben wurden. Die im Aktionskonzept aufgemachte Forderung nach einem Verbot der NPD wurde von einigen RednerInnen kritisiert – damit würde rechten Einstellungen nicht nachhaltig begegnet. Dabei muss davon ausgegangen, dass Diskriminierungs- und Ausgrenzungsdenken auch in der LINKE präsent sind. Nach der Studie „Vom Rand zur Mitte“ (Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft, 2006) neigen 28 % der Parteihänger (West) und sogar 33 % im Osten zu Ausländerfeindlichkeit. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es eines tiefer gehenden analytischen Blickes auf die Ursachen von rechten Einstellungen bedarf. Nicht nur die sich zuspitzenden sozialen Verwerfungen, die Entmündigung von Menschen sind hier zu benennen, sondern auch die Affinität zu autoritären Ordnungsvorstellungen oder die Angst vor dem „Fremden“, dass das vermeintlich sichere „Innere“ bedroht. Antifaschistische Politik müsse darum beispielsweise auch interkulturellen Austausch, der nicht die einseitige Integration in die deutsche Kultur bedeuteten kann, einschließen.

Sehr konkret wurde die Debatte, als von rechter Bedrohung Betroffene sich zu Wort meldeten. VertreterInnen des Vereins „Bunte Platte“ warben für ein stärkeres Engagement für die Wiedereröffnung eines Alternativen Jugendzentrums in Grünau. Die von der LWB geforderten 2.000 Euro Kautions für die Anmietung

von Räumlichkeiten können die Jugendlichen allein aus Mitgliedsbeiträgen und eigener Tasche nicht aufbringen. Hier ist DIE LINKE. gefragt. Sie muss sowohl politisch im Stadtrat, als auch faktisch durch Mobilisierung von SpenderInnen einen Beitrag leisten, dass in Grünau junge Menschen eine Basis für die Entfaltung ihrer nicht-rechten Kultur und Politik bekommen. Ein Bewohner des zu zweifelhafter Berühmtheit gekommenen Wohnhauses in der Reudnitzer Holsteinstraße zeigte in seinem Redebeitrag die fatale Wirkungskette auf, die die Genehmigung der Nazi-Kundgebung direkt vor dem Haus, ausgelöst hat. Nach einem tätlichen Übergriff auf das Haus Mitte Januar will ein Großteil der BewohnerInnen ausziehen.

Das Antifaschistische Stadtforum hat bewiesen, dass es einer antifaschistischen Offensive bedarf, die konkrete Strategien gegen die aktivierten Nazistrukturen in Leipzig wie im Umland ebenso einschließt wie umfassende gesellschaftliche Konzepte, die die soziale und demokratische Teilhabe befördern.

*Juliane Nagel und Jochen Beißert*

### Wahlergebnis auf dem Stadtjugendtag der LINKSJUGEND. Leipzig

In die Jugendfondsvertretung wurden gewählt: Martin B., Thomas G., Anja P., Jana P. und Antje S.

Anträge an den Jugendfonds können unter der Email-Adresse:

jugendfonds@die-linke-in-leipzig.de gestellt werden.

## Lesung und Filmvorführung während der Leipziger Buchmesse: Ein sibirischer Abend mit Walter Ruge

Der GNN-Verlag und defa-spektrum Filmverleih präsentieren eine Lesung und Filmvorführung mit und über Walter Ruge:

Lesung aus dem Buch „Treibeis am Jenissei“: Ungewöhnliche Geschichten aus Deutschland, Russland und sibirischen Lagern. Walter Ruge liest aus seinen Lebenserfahrungen, die fast ein ganzes Jahrhundert und mehrere Kontinente umspannen.

„Wenn einer eine Reise tut ... dann kann er was erzählen“; wenn es an die hundert Reisen sind, nimmt das Erzählen kein Ende. Bei diesen ungewöhnlichen Texten des Walter Ruge, fern von Didaktik und von Happy end, verliert man das Gefühl des Abstands. Es ist, als ob der Autor vor einem sitzt, etwas versonnen, ohne eine Spur von Ermüdung. Er muss keine Geschichten erfinden - er hat sie gelebt. In mehr als neunzig Jahren übte er zehn ganz unterschiedliche Berufe aus. War Arzthelfer hinterm Stacheldraht und sowjetischer Offizier vor der Filmkamera, durchleuchtete als Röntgeningenieur kranke Menschen und be-

leuchtet als Autor für uns Gesunde. Ihn faszinieren Menschen und Kommunikation. Er fuhr 1935 unter Tage Subbotnik-Loren beim Bau der Moskauer Metro und goss 1942, unter Bewachung, Fundamente beim Aufbau der Flugzeugindustrie in Omsk. Walter Ruge hat geliebt, gelitten, gestritten. Sein Leben war, wie man lesen wird, kein Nischendasein. Diese Seiten sind Zeugnisse und Kostproben eines reichen Lebens aus einem barbarischen Jahrhundert.“ Claus Dobberke

Filmvorführung „Über die Schwelle - mit Walter Ruge“

Dokumentarfilm, Deutschland 2006, 62 Min., Regie: Stefan Mehlhorn

Das biografische Filmportrait erzählt das spannende Leben des Kommunisten Walter Ruge. Gemeinsam mit dem 91-jährigen begibt sich das Filmteam um den Regisseur Stefan Mehlhorn auf Spurensuche nach seiner Vergangenheit an den nördlichen Polarkreis Sibiriens. Walter Ruge, geboren 1915 in Berlin,

musste aus politischen Gründen 1933 Deutschland verlassen und wurde nach acht Jahren des Exils in der Sowjetunion grundlos zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Sein Weg führte ihn durch verschiedene sibirische Lager bis er 25 Jahre später nach Deutschland, in die DDR, zurückkehrte.

Die lebendigen Erzählungen des Protagonisten werden mit historischem Bildmaterial illustriert, der Zuschauer wird auf eine intensive und emotionale Reise genommen und vom Lebenswillen und der Vitalität Ruges angesteckt. So entfaltet sich ein politisch-persönlicher Blick auf ein ganzes Jahrhundert.

Ein liebevoller Film über ein wechselvolles Leben und nicht zuletzt eine Liebesgeschichte.

Der Film wurde von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden mit dem Prädikat „Besonders wertvoll“ ausgezeichnet.

**Samstag, 15. März 2008**

18:30 Uhr Lesung

19:30 Uhr Filmvorführung  
anschließend Diskussion

Kinobar PRAGER FRÜHLING  
Bernhard-Göring-Straße 152  
Haus der Demokratie  
04277 Leipzig

---

## LEIPZIG LIEST - linke Angebote zur Buchmesse

**Do., 13. März 2008 - 17:30 Uhr**

LEIPZIG LIEST: Der Intimfeind. Kolonialismus und libertärer Anti-Kolonialismus in Indien. Über Ashis Nandy, Mitbegründer der Post-Colonial Studies (Verlag Graswurzelrevolution 2007). el libro und linxxnet. linxxnet, Bornaische Straße 3 d.

**Do., 13. März 2008 - 18:30 Uhr**

Buchvorstellung und Diskussion: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen. Mit Dr. Hannes Hofbauer, Wien. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10.

**Do., 13. März 2008 - 19:30 Uhr**

"Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo" Mit dem Autor Siegfried Grundmann. Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner. In Zusammenarbeit mit dem Karl Dietz Verlag. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10.

**Do., 13. März 2008 - 20:00 Uhr**

Buchvorstellung: Achim von Borries/Ingeborg Weber-Brandies (Hg.): Anarchismus - Theorie, Kritik, Utopie« (Bearbeitete Neuaufgabe 2007, Graswurzel Verlag). Mit Lou Marin, Autor und Übersetzer. Veranstalter: linxxnet, Buchhandlung El-libro, Rotes Antiquariat Leipzig und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. linxxnet, Bornaische Straße 3 d.

**Fr., 14. März 2008 - 19:00 Uhr**

Lesung und Vortrag »Marcus Hawel und Gregor Kritidis: Aufschrei der Utopie - Möglichkeiten einer anderen Welt« (Offizin Verlag 2006) Mit Dr. Marcus Hawel, Hannover. Veranstalter: linxxnet, Buchhandlung El-libro, Rotes Antiquariat Leipzig und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., linxxnet, Bornaische Straße 3 d.

**Sa., 15. März 2008 - 10:00 Uhr**

" 'Die Wache ist müde.' Neue Sichten auf die russische Revolution 1917" Mit Prof. Dr. Helmut Bock und dem Herausgeber Prof. Dr.

Klaus Kinner. In Zusammenarbeit mit dem Karl Dietz Verlag. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10.

**Sa., 15. März 2008 - 11:00 Uhr**

"Herbert Hörz: Wahrheit, Glaube und Hoffnung - Philosophie als Brücke zwischen Wissenschaft und Weltanschauung". Mit Prof. Dr. Herbert Hörz, Berlin. In Zusammenarbeit mit dem trafo verlag Berlin. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10.

**Sa., 15. März 2008 - 14:00 Uhr**

Ruth Weiss liest aus ihrem Zyklus "Die Löws - eine jüdische Familiengeschichte in Deutschland". In Zusammenarbeit mit dem trafo verlag Berlin. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10.

**Sa., 15. März 2008 - 20:00 Uhr**

Jäger des verlorenen Glücks und andere Geschichten. Poetry Slam mit Jaromir Konecny. Rotes Antiquariat, Bornaische Straße 3 d.

## Gewonnen haben die Bürgerinnen und Bürger

Die Leipziger Bürgerinnen und Bürger haben ein überdeutliches Zeichen gesetzt, dass sie bei den existenziellen Fragen der Entwicklung ihrer Stadt ein deutliches Wort mitreden wollen. Die hohe Wahlbeteiligung von 41 Prozent ist ein unverkennbares Zeichen ihrer begründeten Sorge über einen Politikstil, der sich mehr und mehr von ihren Interessen entfernt. Mit einer Mehrheit von 87,4 Prozent haben sie deshalb die Privatisierungspläne der Rathauspitze

gestoppt. In den nächsten Jahren werden damit die Unternehmen der Daseinsfürsorge in kommunaler Hand bleiben. Die Privatisierungsfanatiker der CDU und der FDP aber auch jene unter den Sozialdemokraten sind gut beraten, wenn sie die damit verbundenen Zeichen auch über die nächsten drei Jahre hinaus beherzigen.

Das Votum der Leipzigerinnen und Leipziger ist außerdem ein Signal an die Bun-

despolitik und die des Freistaates, die Kommunen nicht länger bei ihren Bemühungen um die Konsolidierung ihrer Finanzen im Regen stehen zu lassen. Wir erwarten auch von Oberbürgermeister Jung deutliche Worte in diese Richtung. Die Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig wird sich in der nunmehr anstehenden Überarbeitung des Haushaltsplanentwurfs 2008 ihrer Verantwortung stellen. Unsere Stadträtinnen und Stadträte werden bemüht sein, die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung auch weiterhin zu sichern. *Dr. Ilse Lauter*

## Höhepunkt des Beschäftigungsaufbaus überschritten

Wie nicht anders zu erwarten, ist die Zahl der Arbeitslosen im Januar auch in Leipzig vor allem saisonbedingt gestiegen. Dennoch bleibt zunächst ein deutliches Plus gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Mit den Meldungen um den Arbeitsplatzabbau bei Quelle und bei der Telekom deutet sich allerdings an, dass das Jahr 2008 für die Stadt kein leichtes auf diesem Gebiet wird. Hinzu kommen die

Negativschlagzeilen konjunktureller Art. Sie signalisieren, dass der Höhepunkt des Beschäftigungsaufbaus offenbar bereits überschritten ist.

Jene Rahmenbedingung lassen nur eine Schlussfolgerung zu: Der Abbau der Arbeitslosigkeit gerät ins Stocken.

Um so wichtiger ist es, mit der Konkreti-

sierung und Umsetzung der regionalen Beschäftigungsstrategie für Leipzig unverzüglich zu beginnen und dabei die kritischen Hinweise u. a. aus der Linksfraktion zu beherzigen. Insbesondere müssen dabei die notwendigen Voraussetzungen für eine effektive kommunale Beschäftigungspolitik in Leipzig gegenüber dem Bund und dem Freistaat benannt werden. In dieser Richtung erwarten wir auch deutlichere Worte von Oberbürgermeister Jung.

*Wolfgang Denecke*

## Standort der Nachbildung des Mendelssohn-denkmals muss in der Öffentlichkeit diskutiert und danach im Stadtrat entschieden werden

In die Standortentscheidung der Nachbildung des 1936 von den Nazis geschliffenen Denkmals von Felix Mendelssohn Bartholdy muss dem Stadtrat nach Beratung in seinen Ausschüssen Kultur und Stadtentwicklung/Bau die Entscheidung obliegen. Vorher sollten aber der vorgesehene ebenso wie denkbare Alternativstandorte in öffentlichen Foren sowie im Stadtbezirksbeirat diskutiert und nicht einfach „durchgewunken“ werden.

So sollte bedacht werden, dass bereits 1947 (!) im Bereich des historischen Denkmalstandortes vor dem im Krieg zerstörten alten Gewandhaus eine auf Initiative der neu gegründeten Musikhochschule geschaffene Büste des weltberühmten Komponisten aufgestellt wurde. Die in den letzten Jahren erfolgte Ufergestaltung des freigelegten Pleißemühlgrabens nimmt Bezug zum Werk des Komponisten, der auch Be-

gründer der heutigen Hochschule für Musik und Theater war, die deshalb den Namen Felix Mendelssohn-Bartholdy trägt. Da er gleichzeitig einer der bedeutendsten Gewandhauskapellmeister war, wurde Anfang der 90er Jahre eine neu geschaffene Skulptur auch am Gewandhaus aufgestellt, die sich heute innerhalb des Hauses am Standort des Beethovendenkmals befindet, das wiederum statt bei der Musik einen fragwürdigen Ehrenplatz im Bildermuseumsneubau erhalten hat.

Was die neu geschaffene Denkmalnachbildung angeht, sollte auch kreativ über eine Aufstellung im Bereich des Mendelssohn-Hauses oder des für Leipzig angestrebten Holocaust-Museums diskutiert werden, da die Nachbildung nach über 70 Jahren zuallererst mit der Vernichtung des Originals in Verbindung gebracht wird. Ehrlicher Umgang mit Ge-

schichte bedeutet auch, die geschlagenen Wunden oder deren Aufarbeitung in den zurückliegenden Jahrzehnten zu respektieren und nicht mit nachgebildeten Gesten zu überdecken.

Dies umso mehr, da es in unmittelbarer Nachbarschaft vom viel weniger wichtigen ersten Bachdenkmal von 1843 aufgestellt werden soll, dessen Initiator Felix Mendelssohn-Bartholdy war und der als Stifter zur Finanzierung zahlreiche Sonderkonzerte aufführte.

Die Standortentscheidung sollte außerdem die erste Herausforderung für das neu zu bildende Beratergremium „Kunst im öffentlichen Raum“ sein.

Angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt müssen ebenso Fragen nach möglichen Kosten für die Aufstellung und Unterhaltung erlaubt sein. Die Zeit fortwährender Jubelfestivals muss auch in der Kultur vorbei sein, wenn wir die Alltagskultur in Leipzig für die Zukunft sichern wollen.

*Siegfried Schlegel*



## Regelmäßige Termine

### Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr

### AG ASG Leipzig

jeden 2. und 4. Donnerstag, 18:30 Uhr

### AG Behindertenpolitik

jeden 3. Dienstag, 15:00 Uhr,

Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 6

### AG Betrieb & Gewerkschaft

jeden 2. Donnerstag, 19:00 Uhr

### AG Cuba si

jeden 2. Dienstag, 18:00 Uhr

### AG Junge GenossInnen

jeden 1. Mittwoch, 18:30 Uhr

### AG Lisa

jeden 3. Montag, 19:00 Uhr

### AG Praktika

dienstags, 19:00 Uhr

### AG Senioren

jeden 1. Donnerstag, 9:00 Uhr

### AG Soziale Politik

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr, linxxnet.

### AG Tollwut

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### GBM e. V. – Sprechstunden

jeden 1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

### GRH e. V. – Sprechstunden

jeden 3. Mittwoch, 15:00 Uhr

### ISOR e. V.

jeden 4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a

### Kommunistische Plattform

jeden 1. Donnerstag, 18:30 Uhr

### Ökologische Plattform

jeden 1. Mittwoch, 19:00 Uhr

### Marxistisches Forum

jeden 1. Dienstag, 18:00 Uhr

### Die Linke.Hochschulgruppe

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

### Rentenberatung

Termine nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 14 06 44 11

### Stadtvorstandssitzung

jeden 2. und 4. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

## Terminvorschau

### 23. Februar 2008 - 9:00 Uhr

2. Tagung des 1. Stadtparteitages der Partei DIE LINKE. Leipzig, Tagungshotel Deutsche Telekom, Zschochersche Straße 69.

### Sa., 23. Februar 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Schildkröten können fliegen“. LHL.

### Di., 26. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Das Sterben in Ost und West. Mit Dr. Susanne Hahn, Ärztin, Wermsdorf. Moderation: Prof. Dr. Siegfried Kätzel. RLS.

### Mi., 27. Februar 2008 - 18:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Russland nach den Duma-Wahlen und vor den Präsidentschaftswahlen. Mit Boris Krumnow, Klub Gshelka, An der Kotsche 5 1.

### Do., 28. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll zum Thema: Aktuelles zur Erbschaftssteuerreform. Seniorentreff, Karl-Heine-Straße.

### Do., 28. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Vortrag und Diskussion: Prag Februar 1948 – ein kommunistischer Staatsstreich? Mit Prof. Dr. Gerhard Fuchs, Historiker, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, RLS.

### Do., 28. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Diskussionsrunde: „Biokraftstoff – Fluch

oder Segen? Mit Michael-Alexander Lauter, Bürgerbüro MdL Cornelia Falken, Georg-Schumann-Straße 112.

### Fr., 29. Februar 2008 - 18:00 Uhr

„VORLESEN & ZUHÖREN“ Offener Lektüre- und Gesprächskreis AG LISA. LHL.

### Fr., 29. Februar 2008 - 18:00 Uhr

Bürgerforum mit MdB Dr. Barbara Höll zum Thema: „Aktuelles zur Erbschaftssteuerreform“. JFZ Völkerfreundschaft, Stuttgarter Allee 9.

### Mo., 3. März 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

### Mo., 3. März 2008 - 19:00 Uhr

Podiumsdiskussion: „Eine Schule für alle – Gemeinschaftsschule für Leipzig“ Veranstalter: Die Linke. Fraktion im Stadtrat zu Leipzig, MdL Cornelia Falken sowie der GEW Kreisverband Stadt Leipzig. Neues Rathaus, Ratsplenarysaal, Zimmer 262.

### Di., 4. März 2008 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: „Was will die rote Lucy“ Diskussion zum gleichnamigen Buch mit der Autorin Luci Redler. LHL.

### Di., 4. März 2008 - 18:00 Uhr

Polittisch zum Thema: „Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Frauenförderung im der Partei DIE LINKE.“ linxxnet.

### Do., 6. März 2008 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Vorsorge für Alter, Krankheit und Lebensende/Frauentag 2008 mit Tr. Schneider. LHL.

### Do., 6. März 2008 - 18:00 Uhr

Lesung und Gespräch: "Walfried Hartinger: Wechselseitige Wahrnehmung. Heiner Müller und Christa Wolf in der deutschen Kritik – in Ost und West". Mit den Herausgebern Prof. Dr. Roland Opitz und Dr. Christel Hartinger. RLS.

### Sa., 8. März 2008 - 15:00 Uhr

Gründungsversammlung Stadtbezirksverband Leipzig-Nordwest mit MdB Dr. Barbara Höll, Treff der Volkssolidarität, Oma Käthe, Horst-Heilmann-Straße 4.

### Mo., 17. März 2008 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Beratung zu Sozialfragen mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Stuttgarter Allee 6.

### Di., 18. März 2008 - 19:30 Uhr

Vortrag und Diskussion: Vergewaltigung im deutschen Opferdiskurs. Mit Regina Mühlhäuser, Hamburg. Conne Island, Koburger Straße 3.

### Sa., 22. März 2008 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen Leipzig. Der Eintritt ist frei. Gezeigt wird der Film: „Freedom Writers“. LHL.

### Impressum:

Herausgeber:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, fon: 0341 - 14 06 44 11, fax: 0341 - 14 06 44 18  
web: www.die-linke-in-leipzig.de, email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto:

Sparkasse Leipzig, KontoNr.: 11 25 50 42 22, BLZ: 860 555 92

Redaktion:

Steffi Deutschmann, Christine Halle, Andreas Kermer, Christina Mertha, Sören Pellmann (V.i.S.d.P.), Wolfgang Teske

Gestaltung:

Sören Pellmann

Fotos:

Seite 4 und 5: Gert Eiltzer; Seite 6: Bundespresseamt

Druck:

Stadt Leipzig, Hauptamt

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 3/2008 ist Donnerstag, 6. März 2008. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.